

Europa

Martin Schulz bleibt Präsident des EU-Parlaments

Der 58 Jahre alte Martin Schulz bleibt Präsident des Europäischen Parlaments bis Januar 2017. Er wurde im ersten Wahlgang mit 409 der 612 gültigen Stimmen gewählt. Der EVP-Spitzenkandidat bei der EU-Wahl Jean-Claude Juncker wurde als EU-Kommissionspräsident nominiert.

Seite 2

Energie

Bundestag verabschiedet Änderungsgesetz zum EEG

Der Deutsche Bundestag hat am 27. Juni 2014 den Gesetzentwurf zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes verabschiedet. Das Gesetz soll nach der Verabschiedung durch den Bundesrat am 1. August 2014 in Kraft treten und von der EU-Kommission notifiziert werden. Mit Blick auf die Entlastungsbescheide für die Besondere Ausgleichsregelung ist es entscheidend, dass dieser Zeitplan eingehalten wird.

Seite 2

Reform des Emissionshandels nach 2020

Insbesondere nach der Diskussion um Backloading und Set Aside im vergangenen Jahr bestehen Zweifel, ob die aktuell vorgeschlagenen Veränderungen am Emissionshandel effizient und zielführend sind.

Seite 4

Umwelt

Europa will volles Potenzial der Kreislaufwirtschaft entfalten

Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz und Abfall waren die wichtigsten Themen auf der diesjährigen Green Week, die vom 3. bis zum 5. Juni in Brüssel stattfand.

Fortsetzung auf Seite 3

Rohstoffe

Liste der kritischen Rohstoffe überarbeitet

Die EU-Kommission hat am 26. Mai 2014 eine überarbeitete Liste von sogenannten kritischen Rohstoffen vorgelegt. Auf der Liste finden sich 20 Rohstoffe. Sechs neue Rohstoffe wurden aufgenommen. Darunter sind unter anderem Borate, Chrom und Siliciummetall.

Seite 2

Umwelt

Entwurf für Mitteilung zur Kreislaufwirtschaft bekanntgeworden

Vor wenigen Tagen wurden informelle Entwürfe der EU-Kommission für die seit längerem angekündigte Mitteilung zu Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz bekannt. Gleichfalls kursierten Neuentwürfe der EU-Abfallrahmenrichtlinie und der EU-Verpackungsrichtlinie. Die Verabschiedung der Mitteilung ist für den 1. Juli geplant, danach schließen sich die Beratungen im Rat und im Parlament an.

Fortsetzung auf Seite 3



Brüssel-Termine

14.07.2014

EU-Kommissarin Connie Hedegaard beim 5. „Petersberger Klimadialog“ (Berlin)
Start der 6. Verhandlungsrunde zu TTIP (Brüssel)

15.07.2014

Wahl des EU-Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament (Straßburg)

Europa

Martin Schulz bleibt Präsident des Europäischen Parlaments

Der 58 Jahre alte Martin Schulz bleibt Präsident des Europäischen Parlaments bis Januar 2017. Er wurde im ersten Wahlgang mit 409 der 612 gültigen Stimmen gewählt. Schulz ist der erste Präsident in der Geschichte des Europäischen Parlaments, der für eine zweite Amtszeit in Folge gewählt wurde. In einer kurzen Ansprache unterstrich Schulz, das Parlament sei das Herz der Demokratie in der Europäischen Union. Was auf nationaler Ebene als normal gelte, habe bisher auf europäischer Ebene gefehlt. Damit nahm Schulz auch Bezug auf die Nominierung des luxemburgischen Christdemokraten Jean-Claude Juncker als EU-Kommissionspräsident.



Zuvor hatte eine überwältigende Mehrheit aus allen Fraktionen gefordert, dass Juncker Präsident der Europäischen Kommission werden soll. Damit ist die Macht des Europäischen Parlaments gefestigt, denn es ist sichergestellt, dass alle zukünftigen Präsidenten der Kommission sich dem demokratischen Prozess der Europawahl stellen müssen. Erstmals hatte es bei dieser EU-Wahl einen Mehrheitsbeschluss für EU-weite Spitzenkandidaten gegeben. Die EVP war mit Jean-Claude Juncker an der Spitze als größte Fraktion aus der Wahl hervorgegangen. Daher hatte der Rat Juncker als Präsidenten der Kommission vorgeschlagen. Die Wahl findet am 15. Juli im Plenum in Straßburg statt.

Das Europäische Parlament hat zudem die Zusammensetzung der zwanzig Ausschüsse und zwei Unterausschüsse unter Berücksichtigung der politischen Ausgewogenheit für die neue Legislaturperiode festgelegt. Für die deutschen Abgeordneten gibt es keine Überraschungen. Die Abgeordneten haben ihre gewünschten Fachausschüsse wählen können. Vorsitzende der bedeutenden Ausschüsse sind Giovanni La Via (EPP/Italien) für Umwelt, Jerzy Buzek (EPP/Polen) für Industrie/Energie/Forschung, Roberto Gualtieri (PSE/Italien) für Wirtschaft/Währung, Vicky Ford (ECR/Vereinigtes Königreich) für Binnenmarkt und Bernd Lange (PSE/Deutschland) für Handel sowie Linda McAvan (Vereinigtes Königreich) für Entwicklung.

Ansprechpartner in der WVM: Rolf Kuby, Tel.: +32 2 5021988, E-Mail: kuby@wvmetalle.de

Rohstoffe

Liste der kritischen Rohstoffe überarbeitet

Die EU-Kommission hat am 26. Mai 2014 eine überarbeitete Liste von so genannten kritischen Rohstoffen vorgelegt. Als kritisch werden solche Rohstoffe bezeichnet, bei denen das Risiko eines Versorgungsengpasses in den nächsten zehn Jahren besonders groß ist und die als besonders wichtig für die Wertschöpfungskette betrachtet werden. Die Rohstoffaktivitäten der EU Kommission nehmen die CRM gelisteten Rohstoffe besonders in den Fokus, insbesondere hinsichtlich Forschungsförderung, strategischer Partnerschaften und Substitution. Nachdem die EU-Kommission im Jahr 2010 insgesamt 14 Rohstoffe als kritisch eingestuft hatte, sind es nunmehr insgesamt 20 Rohstoffe. Dabei sind 13 der 14 Rohstoffe von der alten Liste übernommen worden, lediglich Tantal ist aufgrund eines geringeren Versorgungsrisikos entfallen. Sechs neue Rohstoffe wurden aufgenommen: Borate, Chrom, Koks-kohle, Magnesit, Phosphat-Gestein und Siliciummetall. Den Bericht der EU-Kommission finden Sie anbei. Weitere Informationen sowie die Pressemitteilung finden Sie unter: http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/critical/index_en.htm

Ansprechpartner in der WVM: Franziska Erdle, Tel.: +49 30 726207-107, E-Mail: erdle@wvmetalle.de

Energie

Bundestag verabschiedet EEG Änderungsgesetz

Der Deutsche Bundestag hat am 27. Juni 2014 den Gesetzentwurf zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes verabschiedet. Das Gesetz soll nach der Verabschiedung durch den Bundesrat am 1. August 2014 in Kraft treten und von der EU-Kommission notifiziert werden. Mit Blick auf die Entlastungsbescheide für die Besondere Ausgleichsregelung ist es entscheidend, dass dieser Zeitplan eingehalten wird. Vor dem Hintergrund des Beihilfeverfahrens, das die EU-Kommission gegen das EEG eröffnet hat, wurde der Entwurf für die EEG-Novelle bereits frühzeitig und parallel zum parlamentarischen Verfahren auf europäischer Ebene intensiv beraten. Ziel war es, die Vereinbarkeit mit den neuen Beihilfeleitlinien sicherzustellen. Bei der Besonderen Ausgleichsregelung ist dies gelungen. Noch offen ist die Vergütung von Stromimporten aus erneuerbaren Energien: Laut Kommission sollen diese von der EEG-Umlage befreit werden. Zudem soll die Befreiung von Bestandsanlagen der Wirtschaft bei der Eigenversorgung nach einer Übergangszeit überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Die Bundesregierung möchte die jetzige Regelung erhalten.

Ansprechpartner in der WVM: Dr. Michael Niese, Tel.: +49 30 726207-182, E-Mail: niese@wvmetalle.de

Umwelt

Entwurf für Mitteilung zur Kreislaufwirtschaft bekanntgeworden

Die EU-Kommission hat vor kurzem ihre seit längerem angekündigte Mitteilung zur Kreislaufwirtschaft (Circular Economy) veröffentlicht, die nun in die weiteren Beratungen mit dem Rat und dem EU-Parlament geht. Der Titel der Mitteilung stellt die „Kreislaufwirtschaft“ in den Fokus, was zu begrüßen ist. Zusätzlich zur Mitteilung hat die EU-Kommission einen Richtlinienvorschlag vorgelegt, mit der ein ganzes Bündel bestehender Abfallrichtlinien der EU geändert werden soll. Diese Änderungen betreffen die Richtlinien über Abfälle, Verpackungen, Deponien, Altfahrzeuge, Batterien sowie Elektro- und Elektronikaltgeräte. Die vorgelegten Entwürfe enthalten eine Reihe neuer und weitreichender Vorschläge, die von den Experten der WVM derzeit intensiv geprüft und bewertet werden. Hierzu gehört unter anderem die neue Definition für „stoffliche Verwertung“, die in Abgrenzung zu den bestehenden Definitionen für „Verwertung“ und „Recycling“ steht. Die Auswirkungen sind derzeit noch nicht klar. Als „stoffliche Verwertung“ gilt jegliches Verwertungsverfahren außer energetischer Verwertung und der Herstellung von Brennstoffen. Dies kann für Kunststoffe, die beim Metallrecycling eingesetzt werden (z. B. bei Platinen oder Verbundverpackungen) ein Problem darstellen. Die Mitteilung und der Richtlinienvorschlag enthalten zahlreiche positive Ansätze wie z. B. das geplante Deponierungsverbot für recyclingfähige Abfälle, wobei die Definition für „recyclingfähig“ derzeit noch nicht klar ist. Positiv ist auch die Klarstellung, dass Abfälle, die in andere Mitgliedsstaaten zur Wiederverwendung, zum Recycling oder zur stofflichen Verwertung exportiert werden, nur in dem Staat angerechnet werden, in dem sie gesammelt wurden. Positiv ist auch, dass außerhalb der EU exportierte Abfälle nur dann auf die europäischen Quoten angerechnet werden, wenn die im europäischen Recht festgelegten Standards eingehalten werden. Kritisch ist unter anderem die Erhöhung der Zielvorgabe für das Recycling von Aluminiumverpackungen unter gleichzeitigem Ausschluss der Anrechenbarkeit der energetischen Verwertung. Ebenfalls kritisch zu hinterfragen ist die geplante Klarstellung, dass Abfälle, die einen Abfallende-Status erreicht haben, als „recycled“ im Sinne der Altfahrzeug-, Verpackungs- und Elektroaltgeräte-Richtlinie der EU gelten. Dies könnte weitere Exporte von metallhaltigen Schrotten motivieren.



Ansprechpartner in der WVM: Rainer Buchholz, , Tel.: +49 30 726207-120, E-Mail: buchholz@wvmetalle.de

Metalle pro Klima

Europa will volles Potenzial der Kreislaufwirtschaft entfalten

Metalle pro Klima auf der Green Week in Brüssel

Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz und Abfall waren die wichtigsten Themen auf der diesjährigen Green Week, die vom 3. bis zum 5. Juni in Brüssel stattfand. Bei der Green Week handelt es sich um die größte jährliche Konferenz zur europäischen Umweltpolitik. Über 100 Referenten stellten Möglichkeiten vor, Ressourceneffizienz zu verbessern. Organisationen und Firmen zeigten diesbezüglich an insgesamt 40 Ständen Best-Practice-Modelle. Ziel ist es, dass Europa das volle Potenzial der Kreislaufwirtschaft entfalten kann. Neue Vorschläge hierzu werden von der Europäischen Kommission noch in diesem Jahr erarbeitet. Ein weiterer Schwerpunkt wird eine verbesserte Abfallwirtschaft sein und wie diese der EU helfen kann, ihre Ressourcen effizienter zu nutzen. Unter der Schirmherrschaft von Eurometaux, dem europäischen Dachverband der Nichteisen-Metallindustrie, beteiligte sich unter anderem auch Metalle pro Klima an der diesjährigen Green Week. Die Unternehmensinitiative der Nichteisen-Metallindustrie nutzte die Gelegenheit, sich in der Europa-Hauptstadt zu präsentieren und verdeutlichte, dass die Mitgliedsunternehmen von Metalle pro Klima durch Energieeffizienz und CO₂-Einsparungen in der Produktion, langlebige und moderne Produkte in Verbindung mit nachhaltigem Recycling unverzichtbare Klimaschützer sind. Unter den über 2.000 Besuchern befanden sich Teilnehmer aus Regierung, Industrie und Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaft und Medien.



Ansprechpartner in der WVM: Patricia Dichtl, Tel.: +49 30 726207-121, E-Mail: dichtl@wvmetalle.de

Reform des Emissionshandels nach 2020

Insbesondere nach der Diskussion um Backloading und Set Aside im vergangenen Jahr bestehen Zweifel, ob die aktuell vorgeschlagenen Veränderungen am Emissionshandel effizient und zielführend sind. Werden die zu einem Zeitpunkt aus dem Markt genommenen und in der Reserve befindlichen Zertifikate tatsächlich wieder in den Markt zurückgeführt werden? Wie wird sich dies auf die Kosten der Energieintensiven Unternehmen auswirken? Bereits heute wird keine vollständig kostenfreie Zuteilung und kein vollständiger Ausgleich indirekter CO₂-Kosten im Strompreis gewährt. Mit einer weiteren Erhöhung der EU-Klimaziele ab 2020 werden die Anforderungen an den ETS-Sektor drastisch steigen. Deswegen ist es unser Interesse, eine Regelung zu finden, die den Emissionshandel weiterhin als marktwirtschaftliches Leitinstrument der Klimapolitik bestätigt und gleichzeitig mit einem ausreichenden Carbon-and-Investment-Leakage Schutz verbindet. Nur so wird das europäische Emissionshandelssystem international attraktiv und ein internationaler Klimaschutz ermöglicht.



Die Debatte um die zukünftige Ausgestaltung des Europäischen Emissionshandels (ETS) rückt derzeit immer stärker in den Mittelpunkt der politischen Diskussion. Ziel des Emissionshandels ist es, Emissionen zu volkswirtschaftlich möglichst niedrigen Vermeidungskosten zu senken. Es handelt sich also um einen marktwirtschaftlichen Ansatz, indem von der Politik zwar die Höhe der Emissionsverminderung bestimmt wird, aber dem Markt überlassen bleibt, auf welche Weise er diese Minderung erzielt. In der aktuellen Debatte um eine Reform des ETS, wird aber immer stärker darauf abgezielt, dass die Politik auch in die Preisgestaltung eingreift.

So hat die EU-Kommission im Rahmen ihres Energie- und Klimapakets für die Zeit bis 2030 eine Marktstabilitätsreserve (MSR) ab 2021 vorgeschlagen. Im Stil einer automatischen Steuerung soll die MSR je nach Marktlage entweder dem Markt Zertifikate entziehen und in die Reserve stellen oder aus der Reserve freigegeben und dem Markt zuführen. Damit kommt es, unabhängig von konjunkturellen Schwankungen und anderen externen Einflüssen, zu einer Anpassung des Angebots an Zertifikaten an die Nachfrage und zu einer Verstärkung des Zertifikatspreises auf höherem Niveau.

Die niederländische Regierung hat (gemeinsam mit Ecofys) ein Modell vorgestellt, bei dem die Zertifikate nach einem dynamischen Zuteilungsmodell vergeben werden. Hier ist die Zuteilung freier Zertifikate an aktuelle Produktionsniveaus gekoppelt und erfolgt nicht wie bisher auf Basis historischer Produktionsmengen. Hat ein Unternehmen mehr Zertifikate erhalten, als es eingesetzt hat, geht der Überschuss in eine Allocation Supply Reserve (ASR). Ähnlich wie bei der MSR versucht die ASR also die derzeitige Situation eines Überangebots an Zertifikaten zu verringern. Im Gegensatz zur MSR wird jedoch bei der ASR auf den Cross-Sectoral Correction Factor im Emissionshandel verzichtet und durch einen dynamischen, d.h. im Zeitablauf sinkenden Benchmark ersetzt. Bis 2020 verringert der Korrekturfaktor die Zahl der kostenfreien Zertifikate um 18 Prozent. Nach den Vorstellungen der EU Kommission soll dieser ab 2020 sogar noch stärker wachsen. Darüber hinaus soll die ASR auch einen Kompensationsmechanismus für indirekte Emissionen enthalten. Für die NE-Metallindustrie machen die indirekten Emissionen den größten Teil der Kosten des Emissionshandels aus, deswegen ist dieser Ansatz von großem Interesse.

Der Emissionshandel ist letztendlich auf ein knappes Angebot an Zertifikaten angelegt. Die Erfahrung seit Beginn des ETS zeigt aber, dass in einem starren System der Mengensteuerung mit ex ante Zuteilung hohe Preisschwankungen programmiert sind. Mischformen aus Mengen- und Preissteuerung sind noch schwieriger zu beurteilen. Letztlich handelt es sich sowohl bei der MSR als auch bei ASR um einen politisch bestimmten Eingriff in die Preisfindung auf dem Zertifikatemarkt. Deshalb gilt es, genau die Vor- und Nachteile einer solchen Regulierung für die NE-Metallindustrie abzuwägen.

Ansprechpartner in der WVM: Sarah Bäumchen, Tel.: +49 30 726207-122, E-Mail: baeumchen@wvmetalle.de